

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

29.03.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 18.02.2016**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:28 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.11.2015 - öffentlicher Teil**
0012/2016

- 4** **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1** **Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales**
0058/2016

- 5.2** **Frauenpolitische Informationen**
0011/2016

- 6** **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

- 7** **Ergebnisse der Verwaltung zu den Prüfaufträgen aus dem Runden Tisch
bezahlbarer Wohnraum**
0021/2016

- 8** **Wahl eines Mitglieds des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung**
0593/2015

- 9** **Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Ausschuss für Soziales,
Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**
0027/2016

- 10** **Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse (Bitte bringen Sie die
Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)**
0473/2015

- 11** **Anträge der Fraktionen**

- 12** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende bittet Herrn Schmickler, ggf. unter Erweiterung der Tagesordnung, über die Ergebnisse des im nicht öffentlichen Teil der Planungsausschusssitzung beratenen Antrags zum Wohnungswesen zu berichten.

Herr Schmickler antwortet, der Antrag habe sich nicht im Allgemeinen auf das Wohnungswesen, sondern speziell auf städtische und private Grundstücke bezogen, so dass die Zuständigkeit des ASWDG nicht gegeben sei. Unabhängig davon wolle er aber unter TOP 7 „Ergebnisse der Verwaltung zu den Prüfaufträgen aus dem Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum“ den im Planungsausschuss an ihn ergangenen Arbeitsauftrag beschreiben, da die Themen ohnehin ineinander übergingen.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig die aus in der Einladung ersichtliche Tagesordnung.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.11.2015 - öffentlicher Teil 0012/2016

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales 0058/2016

Frau Schlich weist auf die in einem der Arbeitskreise für Bergisch Gladbach erbetene Liste (*Anlage*) der Anzahl der Flüchtlinge nach Herkunftsländern zum Stichtag 31.12.2015 hin, die auf den Plätzen ausliegt. Sie zeige den bunten Strauß an Ethnien in Bergisch Gladbach.

Zur aktuellen Situation im Bereich der Flüchtlinge führt Frau Schlich aus, dass seit Anfang Februar keine Zuweisungen erfolgten, weil das Land festgestellt habe, dass der kreisangehörige Raum deutlich mehr seiner Verpflichtung nachgekommen sei, Flüchtlinge in Regelzuweisung aufzunehmen, als die kreisfreien Städte. Die Stadtverwaltung wisse nicht, wie lange dieser Zuweisungsstopp andauere, gehe aber von weiteren Zuweisungen im März aus.

Frau Schlich berichtet von der in der letzten Woche seitens der Verwaltung angebotenen Möglichkeit, die neue Flüchtlingsunterkunft in Paffrath an der IGP anzusehen, von der Bürgerinnen und Bürger sehr rege Gebrauch gemacht hätten. Eine Reihe von Fragen habe vor Ort beantwortet werden können, bevor voraussichtlich Anfang März die ersten Flüchtlinge einziehen könnten. Über das nächste geplante Projekt in Lückerrath werde die Verwaltung zu gegebener Zeit berichten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf einen Aufruf in der Presse, in Bergisch Gladbach Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Er regt an, bei erneuten Veröffentlichungen zur besseren Orientierung auch die Voraussetzungen, die diese Wohnungen erfüllen müssten, sowie das weitere Vorgehen der Verwaltung darzustellen.

Frau Stauer fragt, ob es aus Gründen einerseits der Motivation und andererseits der Kostenersparnis möglich sein, Wohnungen in einem schlechteren Zustand gemeinsam mit handwerklich geschickten Flüchtlingen instand zu setzen.

Frau Schlich kann sich eine solche Herangehensweise vorstellen und kündigt an, den Vorschlag zur Prüfung weiterzugeben. Dies gelte natürlich nur für von mitarbeitenden Flüchtlingen später auch selbst bezogene Wohnungen. Grundsätzlich funktioniere aber die Renovierung solcher Wohnungen über die GL Service gGmbH sehr schnell und gut.

Auf Frau Stauers weitere Frage, inwieweit Langzeitarbeitslose zur Entlastung der Ehrenamtlichen zum beiderseitigen Nutzen aktiviert werden könnten, antwortet Frau Schlich, es könne überlegt werden, eine Maßnahme zu konzipieren, die möglicherweise als Arbeitsintegrationsmaßnahme von der Arbeitsagentur gefördert werden könne.

5.2. Frauenpolitische Informationen 0011/2016

Frau Fahner informiert über unterschiedliche Dokumente, die zur Mitnahme bereitliegen, nämlich die Einladung zum diesjährigen Frauentag in Bergisch Gladbach sowie ein interessantes Vortragsprogramm von „Frauen in Führung“. Speziell für die Arbeit mit Flüchtlingen liegt die dank der Anregung von Herrn Dr. Bernhauser von Frau Hirner-Thonier ins Französische übersetzte Broschüre „Für’n Appel und ’n Ei“ sowie der Flyer „Gleiche Rechte für Frauen und Männer“ aus, der zentrale Punkte der Rolle und der Rechte der Frauen in Deutschland in zehn verschiedenen Sprache aufzeigt. Weiterhin weist Frau Fahner auf den zur Weitergabe ausliegenden Flyer zu dem von Finte Bündnis für Fraueninteressen in Zusammenarbeit mit dem Café Leichtsin konzipierten Interkulturellen Frauencafé hin, das ab März monatlich stattfinden soll.

Frau Holz-Schöttler gefällt das ausgewählte Informationspaket ausgesprochen gut. Auf ihre Nachfrage berichtet Frau Fahner, dass wegen der begrenzten Organisationskapazitäten zum Interkulturellen Frauencafé nur in Einzelfällen Kinder mitgebracht werden könnten. Das Angebot einer Kinderbetreuung ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Frau Münzer begrüßt aus ihrer Erfahrung mit einem selbst organisierten Frauennachmittag die Form des Treffens ohne Kinder.

Auf Nachfrage von Frau Koshofer berichtet Frau Fahner, ein Deutschkurs sei im Rahmen des Interkulturellen Frauencafés nicht vorgesehen. Vordringliches Ziel sei es unter anderem, durch den regelmäßigen Kontakt Zugang zu den Themen zu finden, die die Frauen bewegen. Jedes Treffen werde von zwei Frauen von Finte Bündnis für Fraueninteressen begleitet.

Frau Holtzmann begrüßt dieses Vorhaben.

Herr Dr. Bernhauser lobt die Gleichstellungsstelle für die Einrichtung eines Gesprächsangebots für betroffene Frauen nach den Vorkommnissen in der Silvesternacht in Köln und fragt, ob das Frauenbüro in irgendeiner Form bei den Präventionskursen der VHS mitwirke, gerade zum Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Frau Fahner führt aus, sie würde es sehr begrüßen, dieses Thema in die Deutschkurse einzubringen, die letztlich auch der Integration dienen, diesbezüglich liefen die Gespräche aber noch.

Frau Holz-Schöttler erkundigt sich nach dem Stand des Schulungsmoduls „Keine Gewalt gegen Frauen“ für Ehrenamtliche. Frau Fahner informiert, dass gemeinsam mit der Frauenberatungsstelle „Frauen helfen Frauen“ und dem Fachdienst Integration und Migration dieses Modul entwickelt werde. Es sei beabsichtigt, in der zweiten Jahreshälfte damit zu beginnen.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Die Vorsitzende weist auf die für die Ausschussmitglieder ausliegende Niederschrift zur Sitzung des Integrationsrates am 19.11.2015 hin. Es liegen keine weitere Informationen vor.

7. Ergebnisse der Verwaltung zu den Prüfaufträgen aus dem Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum *0021/2016*

Herr Schmickler berichtet zu den drei aufgrund des Antrages der CDU- und der SPD-Fraktion im Planungsausschuss diskutierten Punkten und den entsprechenden Beschlüssen. Er verweist auf Querverbindungen zu einzelnen Punkten der aktuell beratenen Vorlage.

Herr Schmickler führt aus, Punkt 1 beziehe sich darauf, dass die Verwaltung forciert prüfe, welche städtischen und privaten Flächen für eine Wohnbebauung kurz- und mittelfristig geeignet seien. Das Thema der privaten Wohnbauflächen sei Gegenstand der Baulückenprüfung, zu der in dieser Vorlage unter dem Prüfauftrag Nr. 4 des Runden Tisches eine aktuelle Stellungnahme vorliege. Es sei festzustellen, dass die ca. 1.000 Baulücken in Bergisch Gladbach praktisch kaum zu mobilisieren seien. Dies hänge mit den privaten Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer zusammen. Herr Schmickler weist diesbezüglich auf die momentane Zinssituation sowie die Wertsteigerungserwartung hin.

Was die städtischen Flächen angehe, so berichtet Herr Schmickler, seien nach der Veräußerung auch nennenswerter Wohnbaulandpotentiale nur noch Restflächen vorhanden, die jedoch Restriktionen unterschiedlichster Art aufwiesen. Der Planungsausschuss habe beschlossen, die Prüfung dieser Flächen solle forciert werden. Mit der Umsetzung des relativ aufwändigen Verfahrens habe er bereits begonnen, informiert Herr Schmickler.

Zu Punkt 2 berichtet Herr Schmickler, der Auftrag laute, in Abstimmung mit der RBS festzustellen, welche Vorhaben von dort aus möglicherweise auf städtischen Grundstücken verwirklicht werden könnten. Dieser Schritt folge nach der Prüfung zu Punkt 1. Aus mehreren Gesprächen mit der RBS sei bekannt, dass wegen des besonderen Aufwandes wie Barrierefreiheit erst bei Grundstücken von deutlich über 1.000 qm eine Bebaubarkeit mit gefördertem Wohnungsbau wirtschaftlich darstellbar sei. Dies vorausgesetzt, entfielen etwa 2/3 der gefundenen Flächen wegen zu geringer Größe.

Punkt 3, so führt Herr Schmickler weiter aus, beziehe sich darauf, schnellstmöglich die Thematik „Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft“ in die politische Diskussion einzubringen im Vergleich etwa zu anderem Vorgehen im Hinblick auf die RBS. Dieses Thema sei ggf. nicht öffentlich in den Gremien der RBS und in anderen Ausschüssen zu diskutieren. Auch dieser Auftrag werde von der Verwaltung bearbeitet.

Herr Schmickler führt nun zum Inhalt der aktuellen Vorlage aus, im Laufe der letzten 2 – 3 Jahre sei eine ganze Reihe von Anträgen aus unterschiedlichen Fraktionen oder von einzelnen Ratsmitgliedern zum Thema Wohnungsbau eingegangen, deren gemeinsames Ziel es sei, den Wohnungsbau im Allgemeinen und im Besonderen den Wohnungsbau mit günstigen Mieten zu fördern. Für Bergisch Gladbach sei seit vielen Jahren ein Rückgang der Wohnungen mit Belegungsbindung festzustellen, weil einerseits viele Wohnungen aus Fristgründen aus der Belegungsbindung herausfielen, andererseits aber nicht viele neue geförderte Wohnungen mit entsprechenden Belegungsbindungen entstünden. Der Bedarf, der aus sehr unterschiedlichen Gruppen resultiere, sei deutlich größer als das Angebot. Auf dieser Grundlage, so berichtet Herr Schmickler, sei die Überlegung entstanden, alle Anträge in einer Vorlage zusammenzuführen und in diesem Ausschuss eine umfassende Darstellung zu geben.

Der Runde Tisch, so führt Herr Schmickler weiter aus, habe sich ein Jahr lang mit unterschiedlichen Fragen des Wohnungsbaus mit dem Ergebnis beschäftigt, das in diesem Ausschuss beraten wurde. Die daraus resultierenden Prüfaufträge des Ausschusses seien in der Vorlage dokumentiert.

Herr Schmickler geht kurz auf die einzelnen Prüfaufträge unter Hinweis auf die schriftlichen Ausführungen ein. Er stellt fest, neben dem Thema der Baulücken seien schon einige Dinge sehr konkret von der Verwaltung umgesetzt worden. Das Thema Vorkaufsrechte sei sehr ausführlich diskutiert worden. Dazu müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Ausübung des Vorkaufsrecht bedeute, in bestehende Kaufverträge einzusteigen und dafür zu sorgen, dass auf den erworbenen Grundstücken dann auch unmittelbar Wohnungsbau passiere. Hier liege einer der Gründe für eine stadteigene Wohnungsbaugesellschaft, die dann unmittelbaren Zugriff und die Konsequenzen ermögliche, die juristisch geboten seien. Hinsichtlich des Themas Stellplatzbedarf sei durch eine geänderte Dienstanweisung der geförderte Wohnungsbau bzw. Geschosswohnungsbau entsprechender Qualität deutlich günstiger gestellt als bisher.

Weitere in der Vorlage aufgeführte Anträge habe der Planungsausschuss vorgestern an den Runden Tisch delegiert, so dass diese im Gesamtpaket berücksichtigt werden könnten.

Abschließend weist Herr Schmickler auf die in der Vorlage ausführlich erläuterten drei aktuellen Handlungsfelder hin.

Frau Holtzmann bedankt sich.

Frau Stauer dankt Herrn Schmickler für die ausführlichen Informationen. Sie bezieht sich auf Seite 27 der Einladung sowie Herrn Schmicklers Ausführungen zu der von der RBS vertretenen Auffassung, bei Flächen unter 1.000 qm sei der geförderte Wohnungsbau wirtschaftlich nicht darstellbar. Frau Stauer hält auch kleinere Baueinheiten für sinnvoll, um einer Ghettobildung vorzubeugen.

Des Weiteren sei es wichtig, den Fokus nicht auf die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu legen, weil die Errichtung eines solchen Konstrukts angesichts des massiven Bedarfs viel zu lange dauere. Die SPD-Fraktion befürworte auch die kurzfristige Containerunterbringung gegenüber einer Turnhallenunterbringung. Auch sei es sehr sinnvoll, den Blick auf die Fertigbauweise zu richten, die mittlerweile sehr gute Formen entwickelt habe. Beispielsweise durch Energiegewinnung durch Photovoltaik lasse sich auch eine Entlastung des städtischen Haushalts ins Auge fassen. Frau Stauer führt aus, nach ihren Recherchen gebe es mittlerweile Fertigbaumöglichkeiten zu einem qm-Preis zwischen 1.500 und 1.800 €.

Herr Schmickler informiert, aus seiner städtebaulichen Sicht sei es eine völlige Selbstverständlichkeit, dass keine Ghettosstrukturen erzeugt werden sollten. Aus seiner Sicht sei aber unbedingt ein erhöhter Bedarf zur Kenntnis zu nehmen, der im Voraus einkalkuliert werden müsse, denn Integration funktioniere auf Dauer nicht ausschließlich über Sozialarbeit, sondern über Bereitstellung von Wohnungen und Arbeitsplätzen usw.. Die Schaffung von Gewerbeflächen werde auch ein wichtiges Thema im Flächennutzungsplan sein.

Herr Schmickler führt weiter aus, die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft widerspreche nicht einer regulären Abwicklung, denn es gehe durchaus auch um eine Kombination mit der Arbeit der RBS. Herr Schmickler vertritt die Auffassung, je mehr Akteure am Markt seien, umso mehr Wohnungen würden gebaut.

Zu der von Frau Stauer angesprochenen Fertigbauweise berichtet Herr Schmickler, nach seiner Kenntnis komme unter Einbeziehung aller Baukosten wie Architektenleistungen, Erschließung, Wärmeschutz für einen Preis von 1.500 € je qm lediglich ein Stahlbau infrage, den er nicht bevorzuge. Er persönlich sei der Meinung, dass vor allem der Holzelementbau, der sehr nachhaltig und auch für viele Nutzungen geeignet sei, infrage komme. Für den klassischen geförderten Wohnungsbau gebe es in der Region bereits gute Beispiele. Es sei eine Möglichkeit das Bauen zu beschleunigen und vor allem die aus seiner Sicht zu erwartenden Marktengpässe im Baugewerbe ein Stück weit abzumildern.

Frau Holz-Schöttler fragt, inwieweit die Verwaltung ein zügiges Bauen auf an Privatinvestoren gegebene Grundstücke in die Wege leiten könne, z. B. durch schnelle Genehmigungsverfahren.

Herr Schmickler antwortet, es sei eine politische Entscheidung, städtische Grundstücke auch privaten Erwerbern zur Verfügung zu stellen. Zurzeit sei die politische Entscheidungssituation dergestalt, dass an privat gegebene Grundstücke im Regelfall zum Höchstgebot verkauft werden. Dies sei nicht der richtige Weg für den geförderten Wohnungsbau.

Frau Koshofer dankt Herrn Schmickler für das Vortragen der verschiedenen Aspekte. Insbesondere sei beruhigend, dass keine Ghettobildung zu befürchten sei. Frau Koshofer führt aus, die FDP-Fraktion sehe die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft sehr kritisch. Die RBS funktioniere wunderbar und sei sehr gut geleitet. Die FDP-Fraktion rege eine noch bessere Nutzung der Synergieeffekte zwischen RBS und Stadtverwaltung an. Frau Koshofer fragt, ob es richtig sei, dass das Land steuerliche Vergünstigungen für private Bauherren angekündigt habe.

Herr Schmickler antwortet, steuerliche Vergünstigungen seien ihm nicht bekannt. Im Gegenteil habe das Land NRW erst vor Kurzem die Grunderwerbssteuer als Landessteuer massiv erhöht. Das Land habe aber die Förderbedingungen im geförderten Wohnungsbau verbessert, insbesondere

durch so genannte Tilgungsnachlässe. Dies sei sicherlich ein Argument und ein positiver Faktor für den geförderten Wohnungsbau.

Herr Dr. Bernhauser macht darauf aufmerksam, dass sich der soziale bzw. der geförderte Wohnungsbau in den letzten 10, 15 Jahren bundesweit halbiert habe. Er möchte wissen, ob - abgesehen von der Flüchtlingssituation und der durch den Bedarf aus der Nachbarstadt Köln ohnehin schon gegebenen Sachlage - dieses Problem auch in Bergisch Gladbach quantifizierbar sei. Er bittet um Information, ob im Wohnungsamt, das nicht nur Wohnberechtigungsscheine ausstelle, sondern auch einkommensschwächeren Menschen helfe, eine adäquate bezahlbare Wohnung zu finden, Zahlen oder Entwicklungen vorlägen, die den genannten Status quo bestätigen und unterstreichen können.

Herr Mumdey kündigt eine Antwort (*Anlage*) zum Protokoll an.

Herr Tschorny fragt für die Fraktion DIE LINKE. zu Prüfauftrag 3, wann das von der Verwaltung als notwendig festgestellte Wohnungspolitische Konzept erstellt werde. Herr Tschorny weist darauf hin, die Fraktion DIE LINKE. habe bereits seit 2013 ein Wohnungspolitisches Konzept gefordert. Die von der Verwaltung als schneller zielführend dargestellten städtebaulichen Verträge mit den Eigentümern könnten doch parallel zur Erstellung eines Wohnungspolitischen Konzepts bearbeitet werden.

Herr Schmickler antwortet, das Wohnungspolitische Konzept sei dann sinnvoll, wenn die Verwaltung parallel auch über neue flächenmäßig größere Baugebiete verfüge, so dass in den Bebauungsplänen die Festsetzungsmöglichkeit des Baugesetzbuches ausgenutzt werden könne, dass auf bestimmten Flächen nur geförderter Wohnungsbau entstehen könne. Im Moment gebe es solche Baugebiete nicht. Operativ nütze ein solches Konzept also zurzeit nicht viel. Es stehe aber für den Zeitpunkt an, wenn die weiteren großen konzeptionellen Planungen wieder etwas mehr Luft ließen, nach Fertigstellung z.B. des Mobilitätskonzepts und Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans.

Zu Prüfauftrag 4 stellt Herr Tschorny die Frage, ob hinsichtlich der von Herrn Schmickler genannten 1.000 Wohnbaulücken die Verwaltung die Möglichkeit nach Artikel 14 des Grundgesetzes Enteignungsmöglichkeiten in den Fällen geprüft habe, in denen ein öffentliches Interesse in der aktuellen Situation überwiege.

Herr Schmickler antwortet, die Enteignungsmöglichkeiten seien im Baugesetzbuch geregelt. Er sehe dort keinen Ansatzpunkt, Grundstücke zum Zwecke des Wohnungsbaus zu enteignen.

Zu Prüfauftrag 8 „Ausübung der Vorkaufsrechte“ fragt Herr Tschorny, was dagegenspreche, nach der Ausübung der Vorkaufsrechte durch die Stadtverwaltung schnell Wohnungen zu errichten. Für ihn, so führt Herr Tschorny weiter aus, sei es nicht schlüssig, wenn die Verwaltung in der Vorlage davon ausgehe, dass Wohnungen nicht schnell errichtet würden, vor diesem Hintergrund seien Vorkaufsrechte nicht ausgenutzt worden.

Herr Schmickler führt aus, ein Vorkaufsrecht könne nur entstehen, wenn ein Grundstück mittels eines Kaufvertrages zwischen zwei anderen Partnern verkauft werde. In der Regel wolle der Käufer dann auch selbst bauen, so dass der Unterschied zwischen Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Stadtverwaltung und dem Bauen durch Privatinvestoren allenfalls darin liege, für welchen Personenkreis und welche Wohnungsform gebaut werde. Eventuell liege ein Nutzen darin, wenn die Stadtverwaltung dafür Sorge, dass auf geeigneten Flächen geförderter Wohnungsbau entstehe und nicht frei finanziert, es müsse aber eine erhebliche Menge Geldes angefasst werden, das bisher für den Stadtentwicklungsbetrieb im Haushalt nicht bereitgestellt gewesen sei. Um eine systematische Förderung des Wohnungsbaus betreiben zu können, müsse politisch beraten und eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass die Motivation der Eigentümer, ihre Baulücken liegenzulassen, vielleicht auch darin begründet sei, dass die Grundsteuer B für unbebaute baureife Grundstücke gegen null tendiere. Er fragt, ob die Stadt in der Grundsteuererhebung die Grundsteuer für bebaubare brachliegende Grundstücke von sich aus durch städtische Beschlüsse und Satzungen erhöhen könne.

Herr Schmickler antwortet, das Finanzamt entscheide, wer zu welcher Steuer veranlagt werde. Unabhängig davon gelte die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Grundstücke. Für Baulücken-Grundstücke gelte der gleiche Steuersatz wie für benachbarte bebaute Grundstücke. Außer dem Einheitswert gebe es da keine Unterschiede. Das Grundproblem sei, dass es trotz jahrelanger steuer- und verfassungsrechtlicher Diskussionen keine differenzierte Baulandsteuer gebe. Würden für ein unbebautes Grundstück höhere Grundsteuern als für ein bebautes Grundstück erhoben, wäre das ein Instrument, das Bauland in erheblichem Umfang mobilisieren würde.

Die Vorsitzende fragt nach der Terminierung für den nächsten Runden Tisch.

Herr Schmickler antwortet, laut Beschluss tage der Runde Tisch einmal jährlich, so dass der nächste Termin Ende 2016, Anfang 2017 anstehe. Wenn sich ein konkreter Anlass ergebe, sei eine zwischenzeitliche Terminierung grundsätzlich kein Problem.

Die Vorsitzende bedankt sich.

8. **Wahl eines Mitglieds des Inklusionsbeirates - Beirat für Menschen mit Behinderung**
0593/2015

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt Herrn Peter Lücking als ordentliches Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Herr Kockmann bemerkt, er kenne Herrn Lücking nicht. Er hält es für wichtig, dass zukünftig vorher eine Vorstellung eines neu zu wählenden Mitgliedes erfolgt.

Die Vorsitzende bittet dies zu Protokoll zu nehmen.

9. **Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**
0027/2016

Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt auf entsprechenden Vorschlag des Integrationsrates einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Bülent Iyilik wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann entsandt.

10. Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse
0473/2015

Die Vorsitzende weist auf die Vorschläge des Integrationsrates gemäß dem auf den Plätzen ausliegenden Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung am 19.11.2015 hin.

Auf Antrag von Herrn Dr. Bernhauser (einstimmig angenommen) wird über Punkt 1 und 2 einzeln abgestimmt.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt getrennt nach den entsprechenden Vorschlägen 1. und 2. des Integrationsrates folgende **Beschlussempfehlungen** für den Rat:

Der folgende Beschlussvorschlag 1. des Integrationsrates

"Das Mitglied des Integrationsrates Herr Martin Panzer wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt." wird abgelehnt.

(eine Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE., eine Nein-Stimme des von der AFD benannten Ausschussmitgliedes sowie Enthaltung aller übrigen Fraktionen. Bei einem paritätischen Abstimmungsergebnis gilt der Antrag als abgelehnt.)

2. Das Mitglied des Integrationsrates Herr Saim Basyigit wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

(einstimmig bei Enthaltung des von der AFD benannten Ausschussmitgliedes)

11. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Holz-Schöttler fragt, bezogen auf TOP 5.2 und die aktuelle Diskussion über Gewalt gegen Frauen:

„Werden Mitarbeitende der Betreuungsdienste oder der Sicherheitsdienste von ihren Arbeitgebern im Umgang mit der Problematik von Gewalt gegen Frauen geschult?“

Frau Schlich bestätigt die Existenz dieser Module. Ob jede/r Mitarbeitende dieses durchlaufen habe, könne seitens der Verwaltung ergänzend hinterfragt werden. Ansonsten könne eine Expertise zur Verfügung gestellt werden, damit dies nachgeholt werden könne.

Frau Scheerer bezieht sich auf das Gespräch mit Frau Schlich in der Fraktion und fragt:

„Ist es möglich, zum Thema „Arbeitsgelegenheiten bzw. Arbeitsmöglichkeiten“ Fachleute des Jobcenters in den ASWDG einzuladen, die die Vielfalt an Bestimmungen detailliert erläutern können?“

Frau Schlich stellt dies für eine der nächsten Sitzungen in Aussicht.

Die Vorsitzende begrüßt dieses Vorgehen.

Herr Dr. Bernhauser fragt:

„Ist neben 127 anderen NRW-Standorten auch Bergisch Gladbach ein Standort für das geförderte Landesprojekt „Altengerechte Quartiersentwicklung?“

Frau Schlich führt aus, die Verwaltung habe sich bereits einmal mit dem Programm befasst und könne dies auch vertieft noch einmal tun.

Frau Schlich, führt weiter aus, sie habe in der Seniorenpolitik in den letzten Jahren massiv den Ansatz verfolgt, gemeinsam mit dem Kreis in das Thema Sozialberichterstattung einzusteigen. Gerade bezogen auf die demografische Entwicklung sei sie davon überzeugt, dass dringend belegbare Daten erforderlich seien, um eine vernünftige Planung z.B. für den Pflegebedarf und den Wohnraum machen zu können.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf eine Presseveröffentlichung, wonach das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln ab sofort einen Besuchsdienst für Senioren ab 75 Jahren anbiete mit dem Ziel, in verschiedenen Dingen des Alltags deren Unterstützungsbedarfe festzustellen, aber auch den Verbleib in der eigenen Wohnung zu fördern.

Herr Dr. Bernhauser fragt:

„Ist es möglich, dem Ausschuss einen Bericht zum Thema „Besuchsdienst für Senioren ab 75“, beispielsweise über die Beschlüsse in Köln und den Ablauf der Maßnahme, vorzulegen?“

Frau Schlich kündigt an, beim Sozialamt in Köln nachzufragen.

Herr Dr. Bernhauser freut sich über die vorliegende Einladung zum Internationalen Frauentag in Bergisch Gladbach. Er fragt, ob es richtig sei, dass - laut Einladung - die Deutsche Kommunistische Partei Mitveranstalterin sei.

Frau Stauer bejaht dies und weist darauf hin, dass die DKP auch regelmäßig zum Internationalen Frauentag interessante Vorträge organisiere, z.B. auch Literaturvorstellungen im Café Quirls.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.27 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Genehmigung der Niederschrift entfällt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.28 Uhr.

gez.:

Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:

Gitta Schablack
Schriftführerin